

## **Die Ergebnisse der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 – Wahlnachtbericht und erste Analyse**

### **Inhaltsverzeichnis**

1. Das Wahlergebnis im Überblick .....	2
2. Das Parteiensystem in Brandenburg nach der Wahl.....	3
a. Die SPD.....	3
b. Die LINKE .....	4
c. Die CDU .....	5
d. Die kleinen Parteien.....	5
3. Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen.....	6
a. Die Kompetenzen der Parteien .....	6
b. Keine Wechselstimmung in Brandenburg .....	7
c. Abnehmende Bereitschaft rechts zu wählen .....	8
d. Koalitionssignale vor der Wahl und –präferenzen der Wahlberechtigten.....	8
4. Das Wahlergebnis im Einzelnen .....	10
a. Die Wähler/-innen-Wanderung.....	10
b. Gründe für die Stimmabgabe .....	10
c. Die Erstwähler/-innen und Wähler/-innen nach Altersgruppen .....	11
d. Die Wähler/-innen nach Tätigkeitsmerkmal .....	11
e. Die Wähler/-innen nach Geschlecht.....	12
f. Erkenntnisse im Hinblick auf die LINKE und ihre Anhänger/-innen .....	12
Die Autoren / Vorbehalt .....	13

## 1. Das Wahlergebnis im Überblick

In Brandenburg lag wie in Schleswig-Holstein aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen deutlich höher als bei den Vorwahlen.

Die SPD behauptet sich als stärkste Partei im Landtag. Von den rund 220.000 Stimmen, die mehr abgegeben wurden, erhielt die SPD überdurchschnittlich viel (-85.000), so dass sie mit 33,0% gestärkt in den Landtag einzieht.

DIE LINKE wird erneut zweitstärkste Partei. Sie gewinnt über 50.000 Stimmen hinzu, bekommt aber nur noch 27,2% statt 28,0% in 2004.

Die Grünen und die FDP ziehen in den Brandenburger Landtag ein, so dass im Brandenburger Landtag jetzt die fünf Bundestagsparteien vertreten sind.

Die DVU scheitert deutlich an der Sperrklausel. Aber auch gemeinsam mit den Stimmen der NPD haben beide rechtsradikale Parteien zusammen deutlich weniger als fünf Prozent.

	LTW04			LTW09			Veränderung		
	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate
Wahlberechtigte	2.117.146			2.112.502			-4.644		
Nichtwähler	922.954			687.318			-235.636		
Wähler	1.194.192	56,4%	88	1.425.184	67,5%	88	230.992	11,1%	0
Gültige Stimmen	1.168.909			1.388.734			219.825		
CDU	227.062	19,4%	20	274.774	19,8%	19	47.712	0,4%	-1
SPD	372.942	31,9%	33	458.825	33,0%	31	85.883	1,1%	-2
B90/Grüne	42.091	3,6%		78.368	5,6%	5	36.277	2,0%	5
FDP	38.890	3,3%		100.042	7,2%	7	61.152	3,9%	7
PDS/LINKE	326.801	28,0%	29	377.084	27,2%	26	50.283	-0,8%	-3
DVU	71.041	6,1%	6	16.380	1,2%	0	-54.661	-4,9%	-6
NPD				35.401	2,5%		35.401		
Sonstige	90.082	7,7%		47.860	3,4%		-42.222	-4,3%	

Matthias Platzeck kann in Brandenburg weiterregieren – entweder in der Fortsetzung einer „kleinen“ Koalition mit der CDU oder einer „großen“ Koalition mit der LINKEN.

Der Vergleich mit der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl zeigt das deutliche Auseinanderfallen zwischen der Zustimmung für die Landes-SPD und den Ministerpräsidenten Platzeck auf der einen Seite und derjenigen für die Bundes-SPD. Für den Bundestag erhielt die SPD 110.000 Stimmen weniger. Stärkste Partei wurde hier DIE LINKE. Die CDU lag ebenfalls deutlich über ihrem Landtagswahlergebnis.

Zweitstimmen Brandenburg Landtagswahl - Bundestagswahl					
	LTW09		BTW09		Differenz
CDU	274.774	19,8%	327.431	23,6%	52.657
SPD	458.825	33,0%	348.043	25,1%	-110.782
Grüne	78.368	5,6%	84.605	6,1%	6.237
FDP	100.042	7,2%	129.598	9,3%	29.556
PDS/LINKE	377.084	27,2%	395.320	28,5%	18.236
Sonstige	99.641	7,2%	102.054	7,4%	2.413

## 2. Das Parteiensystem in Brandenburg nach der Wahl

Aufgrund der seit 1999 im Landtag vertretenen rechtsextremen DVU verfügte Brandenburg bis zu dieser Landtagswahl über ein Vierparteiparlament aber über ein Dreiparteisystem mit einer dominanten Partei, der SPD.

Mit der Landtagswahl vom 27. September 2009 ist aus dem Vierparteien- ein Fünfparteiparlament geworden. Die DVU hat den dritten Einzug in den Landtag deutlich verpasst und sank auf das Niveau einer Splitterpartei, während mit dem Einzug von FDP und Grünen die Parteienkonstellation des ersten Landtages von 1990-1994 wiederhergestellt wurde.

Ob sich aus den fünf Parteien im Parlament jedoch ein Fünfparteisystem ergeben wird, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht prognostiziert werden. Dies wird davon abhängen, wie es den beiden Kleinparteien gelingen wird, sich politisch und organisatorisch im strukturarmen Land tatsächlich verankern zu können.

### a. Die SPD

Brandenburg ist und bleibt die Hochburg der ostdeutschen Sozialdemokratie. An dieser Situation hat sich auch mit dieser Landtagswahl nichts verändert.

Im Vergleich zur SPD in den übrigen vier ostdeutschen Ländern und in Ostberlin erzielte sie in Brandenburg seit 1990 stets das beste Ergebnis, auch wenn sich die überregionale Stimmung gegen die Sozialdemokratie wandte.<sup>1</sup> Sie schnitt zudem bislang – mit Ausnahme der nationalen Wahlen 1990 (Volkskammer sowie Bundestag) und der Europawahl 2004 – bei überregionalen Wahlen grundsätzlich besser ab als die Konkurrenz aus CDU (Wahlen 1990) und der PDS (EP-Wahl 2004).

Bei der gleichzeitig zur Landtagswahl abgehaltenen Bundestagswahl deklassierte die LINKE jedoch die SPD mit 28,5% zu 25,1% der abgegebenen Zweitstimmen. Die SPD verlor ca. 10% gegenüber dem Ergebnis von 2005 und rund 20% im Vergleich zu den Bundestagswahlen von 1998 und 2002.

Die Stärke der SPD beruht auf zwei Faktoren: Zum einen im Wesentlichen auf der Schwäche der anderen Parteien und zum anderen auf ihrer großen inneren Stabilität.

Anders als beispielsweise der Vormachtstellung der CDU in Sachsen, ist der brandenburgischen SPD eine adäquate Dominanz im Parteienwettbewerb nicht gelungen. Nur ein einziges Mal gelang ihr in einer Ausnahmewahl (1994) die Erlangung der absoluten Mehrheit. Im Durchschnitt aller fünf Landtagswahlen erreichte die SPD 39,3% der Zweitstimmen.

Gleichwohl kann keine der beiden konkurrierenden Landesparteien die Führungsrolle der SPD im Parteienwettbewerb ernsthaft in Frage zu stellen. Selbst in Zeiten der größten Zustimmungskrise der Sozialdemokratie, in den Jahren 2004 und 2005 konnte sich die SPD sowohl bei der Landtagswahl als auch der Bundestagswahl gegen die Konkurrenz der PDS bzw. LINKEN behaupten.

Stabilität und Kontinuität prägen die brandenburgische „Regierungs- und Parlamentspartei“ SPD, die seit 1990 jeweils einmal einen Wechsel beim Landesvorsitz (von Steffen Reiche zu Matthias Platzeck) und in der Funktion des Ministerpräsidenten (von Manfred Stolpe ebenfalls zu Matthias Platzeck) zu verzeichnen hatte. Sie verfügt zudem mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Platzeck über eine Persönlichkeit, der es als Nachfolger von Stolpe gelungen ist, eine authentische und die Konkurrenz weit überstrahlende Führungsrolle einzunehmen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Richard Stöss 2008, Das Parteiensystem Brandenburgs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 182.

<sup>2</sup> Stöss 2008, a.a.O., S. 186f.

Diese beiden Stärken allein sind jedoch nicht geeignet, die Zukunft der SPD als dominanter Partei im brandenburgischen Parteiensystem zu konservieren – zumal unter den Bedingungen eines aufbrechenden Drei-Parteiensystems und der Option eines sich entfaltenden bürgerlichen Parteienblocks aus FDP und CDU.

Die Mittelposition der SPD zwischen LINKEN und CDU bietet zwar die Chance, nach links und nach rechts koalitionsfähig zu sein und Stimmen zu gewinnen – aber auch zu verlieren. Angesichts einer nicht vorhandenen strukturellen Mehrheitsposition (im Vergleich zur CDU in Sachsen) ist dies eine Position, aus der mittelfristig und im Falle der Herausbildung charismatischer personaler Alternativen im Parteiensystem ein Verlust der Dominanz erwachsen kann.

Neben der SPD existieren im brandenburgischen Dreiparteiensystem die LINKE und die CDU.

## **b. Die LINKE**

Die LINKE in Brandenburg ist spätestens seit Mitte der neunziger Jahre eine Regierungspartei im Wartestand. Sie ist die an Mitgliedern stärkste Partei im Land und verfügt über flächendeckende Verankerung in parteilicher Organisation und kommunalpolitischer Präsenz.

Dass sie bislang nicht in der Landesregierung vertreten ist – während die vormalige PDS zwischen 1994 und 2002 im südöstlichen Nachbarland Sachsen-Anhalt eine Minderheitsregierung der SPD tolerierte und im nördlichen Nachbarn Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1998 und 2006 regierte – erstaunt.

Zumal die Integration in die landespolitische Entscheidungsfindung aufgrund des von Manfred Stolpe initiierten „Brandenburger Wegs“ eines verfassungspolitischen Verantwortungsdiskurses besser als in anderen Ländern waren. Dittberner bezeichnete deshalb die PDS als ursprüngliche „heimliche Reserve Stolpes“.<sup>3</sup> Nach Stöss ging diese Funktion jedoch mit der Ablehnung des Länder-Fusions-Staatsvertrages 1996 durch die PDS verloren. Die Mitgliedschaft der SPD war damals gespalten zu dem von Stolpe persönlich intensiv vorangetriebenen Fusions-Prozesses und die PDS repräsentierte folglich einen erheblichen Teil der SPD-Mitgliedschaft. Eine gleiche Situation entstand in Folge der Hartz-IV-Auseinandersetzungen in den Jahren 2004/2005. Auch hier sprach die PDS bzw. LINKE mit ihrer Kritik wesentliche Teile des SPD-Mitglieder bzw. –wähler/-innen-Milieus an.

Es scheint, als ob die Nähe der beiden Volksparteien in sozio-struktureller und räumlicher Hinsicht zwar eine Kooperation in der Regierung begünstigt, während diese Nähe zugleich zu einer besonderen Sensibilität im Hinblick auf den Parteienwettbewerb führt und somit zu akkumulierten Enttäuschungserfahrungen beiträgt, die eben diese Kooperation erschweren oder gar verhindern.

Die jüngste Landtagswahl stellt für die LINKE in Brandenburg einen wichtigen Markstein dar. Zwar konnte sie nicht, wie bei den vorangegangenen vier Landtagswahlen prozentual hinzugewinnen, doch gelang ihr bei dieser Landtagswahl der Zugewinn von ca. 40.000 Stimmen sowie der Gewinn von 21 der 44 Wahlkreise. Im Schnitt erreichte die LINKE bei den fünf Landtagswahlen 22,12% der Zweitstimmen. Sie zeigte zudem, dass sie auch ohne emotionale Aufheizung wie 2004 (Hartz IV) bei gesteigerter Wahlbeteiligung ihre starke Position behaupten konnte - obwohl die Grünen und die FDP neu in den Landtag einrückten.

---

<sup>3</sup> Jochen Dittberner 2001, Brandenburg neu erfinden. Betrachtungen der märkischen Parteienlandschaft, in: Perspektive 21 Heft 13, S. 9.

### **c. Die CDU**

Der CDU ist es seit 1990 nicht gelungen, sich als eine ernsthafte Regierungsalternative zur dominanten SPD zu präsentieren. Nach Stöss sind dafür im Wesentlichen drei Gründe verantwortlich<sup>4</sup>:

- Die CDU war und ist nach Mitgliedern und Organisationsgrad einer der schwächsten Landesverbände der Union in Ostdeutschland.
- Anders als bei der sächsischen Union fehlte der CDU beim Beginn Anfang der 90er Jahre in Brandenburg das zur Mehrheitsbildung der Konservativen erforderliche kleinbürgerliche Milieu aus Handwerk, Gewerbe und Intelligenz innerhalb der Mitgliedschaft, die agrarisch geprägt war. Doch die Landwirte wählten jedoch zumeist lieber die SPD als die Union.
- Über weite Teile der neunziger Jahre und im Verlauf der zu Ende gegangenen Wahlperiode prägten parteiinterne und medial ausgetragene Grabenkämpfe die Brandenburger CDU, die einen enormen Verschleiß an Führungspersonal zu verzeichnen hat. So steht mit der bisher amtierenden Wissenschaftsministerin Wanka nunmehr die neunte Vorsitzende innerhalb von neunzehn Jahren der CDU vor. Die durchschnittliche Amtszeit beträgt folglich etwas mehr als zwei Jahre.

Bei der aktuellen Landtagswahl gelang ihr zwar ein marginaler Zugewinn von 0,4% zu dem ausgesprochen schlechten Wahlergebnis aus dem Jahre 2004. Ein gestiegenes Vertrauen der Brandenburger/-innen kann aus diesem Ergebnis jedoch nicht abgeleitet werden.

### **d. Die kleinen Parteien**

Abgesehen von der ersten Wahlperiode, in der die Grünen und die FDP nicht nur im Parlament, sondern auch in der Landesregierung vertreten waren, spielten diese beiden Parteien in den vergangenen fünfzehn Jahren in der Landespolitik bzw. im Parlament keine Rolle.

Anders als in Sachsen ist es den Grünen in Brandenburg nicht gelungen, sich in den beiden Universitätsstädten Cottbus und Frankfurt/Oder zu verankern, während die sächsischen Grünen in Dresden und Leipzig ihre Hochburgen haben. Selbst in Thüringen ist der Städtegürtel Weimar-Jena-Eisenach-Erfurt die tragende Basis des Wiedereinzugs der Grünen in den Landtag gewesen. Die Brandenburger Grünen sind konzentriert auf das südwestliche Umland Berlins, einschließlich Potsdam, und damit auf eine Randfunktion beschränkt.

Wie bereits ausgeführt, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen, ob die Grünen und die Liberalen aus der Parlamentsarbeit Vorteile für einen Verbleib im brandenburgischen Parteiensystem ziehen können, oder ob die Parlamentsmitgliedschaft erneut nur ein Gastspiel sein wird.

---

<sup>4</sup> Stöss 2008, a.a.O., S. 183f.

### 3. Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen

Nachstehend werden Ergebnisse der Vorwahlbefragungen dargestellt. Dabei wird auf Daten von Infratest-dimap zurückgegriffen.

#### a. Die Kompetenzen der Parteien

Für die Wahlentscheidung ist die Kompetenz, die einer Partei bei der Lösung wichtiger Probleme zugeschrieben werden, von zentraler Bedeutung. Infratest dimap hat in den Vorwahlbefragungen die Parteikompetenzen abgefragt. Die nachstehende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen.

**Tabelle: Parteikompetenzen in Brandenburg**

	SPD	CDU	LINKE	Grüne	FDP	Keine Partei / weiß nicht
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	<b>31</b>	25	9	1	5	27
Sich um die Sorgen und Nöte der Bürger/-innen kümmern	<b>30</b>	13	<b>30</b>	2	4	18
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	30	14	<b>31</b>	2	4	17
Wirtschaft voranbringen	29	<b>33</b>	6	1	8	21
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	<b>27</b>	21	23	3	5	19
Wichtigste Probleme des Landes lösen	<b>32</b>	21	12	1	4	27

Quelle: Infratest dimap – BrandenburgTREND September.

Die **SPD** erreicht nicht nur in der wichtigen Zukunftsfrage, sondern auch in drei weiteren Kompetenzfeldern den ersten Platz unter den brandenburgischen Parteien. Allein bei der Kompetenz, die Wirtschaft voranzubringen, liegt sie auf Platz 2 und bei der sozialen Gerechtigkeit knapp hinter der LINKEN.

Die **LINKE** erreicht ihre besten Werte als Partei der sozialen Gerechtigkeit sowie als „Kümmerer-Partei“. In der Schul- und Bildungspolitik erreicht sie ebenfalls einen sehr guten Wert. In der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik hingegen werden ihr nur wenig Kompetenz zugetraut und in der Zukunftsfrage liegt sie auf Platz 3.

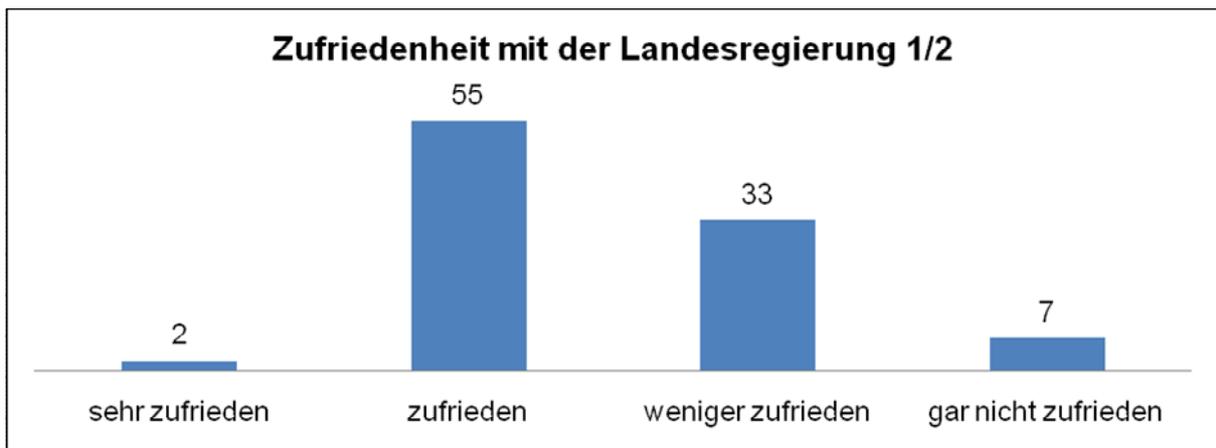
Die **CDU** liegt nur in der Wirtschaftspolitik auf dem ersten Kompetenzplatz bei den brandenburgischen Parteien und findet sich ansonsten entweder hinter der SPD oder der LINKEN wieder.

Die **FDP** erreicht in der Wirtschaftspolitik einen überdurchschnittlichen Kompetenzwert.

Den **Grünen** werden in Brandenburg geringere Kompetenzen als der LINKEN im Durchschnitt bei den vergangenen Wahlen in den westdeutschen Ländern zugetraut.

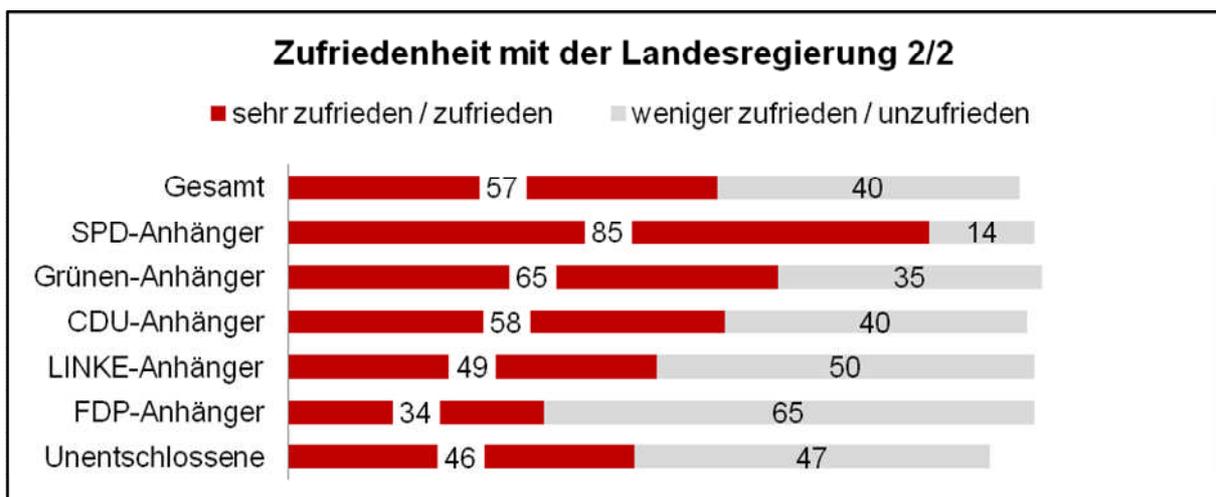
## b. Keine Wechselstimmung in Brandenburg

Der Landtagswahlkampf verlief im Vergleich zu 2004 für die seit 1990 regierende SPD gemächlich. Dies lag nicht nur daran, dass in diesem Jahr kein auch nur annähernd so kontroverses Thema wie die Hartz-Reformen die Themen-Agenda bestimmte, sondern auch an der Abwesenheit jeglicher Wechselstimmung. Die beiden nachstehenden Grafiken machen deutlich, dass nur jeder zweite von fünf der von Infratest dimap befragten Wahlberechtigten (40%) mit der Arbeit der Landesregierung unzufrieden, demgegenüber aber mehr als jeder zweite befragte Wahlberechtigte (57%) mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden war.



Quelle: Infratest dimap – BrandenburgTREND September.

Die Ermittlung der Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung nach Parteianhänger/-innen zeigte, dass selbst jeder zweite befragte Anhänger der LINKEN mit dem Platzeck-Kabinett zufrieden war. Mit Ausnahme der FDP, bei der nur rund ein Drittel der Befragten sich mit der Landesregierung zufrieden zeigte, verbuchte das schwarz-rote Kabinett knappe bis deutliche mehrheitliche Zustimmung bei allen Parteianhänger/-innen.



Quelle: Infratest dimap – BrandenburgTREND September.

### c. Abnehmende Bereitschaft rechts zu wählen

Zwischen 1999 und 2009 hatte die rechtsextreme DVU im Landtag Brandenburg gesessen. Aus diesem Grunde erfragte Infratest dimap auch die Bereitschaft, für eine der drei rechten Parteien (NPD, DVU oder Republikaner) zu stimmen.

Sowohl im Vergleich zur Landtagswahl 2004 als auch zwischen der ersten und der zweiten Vorwahlbefragung durch Infratest dimap nahm die Bereitschaft zur Wahl einer rechten Partei ab. Hatten 2004 noch 11% der Befragten dargelegt, dass sie die Wahl einer rechten Partei erwägen, sank diese Bereitschaft 2009 zuerst auf 9% und letztlich auf 7%. Mit dem Ergebnis, dass die DVU nicht mehr im Landtag vertreten ist.



Quelle: Infratest dimap – BrandenburgTREND September.

### d. Koalitionssignale vor der Wahl und –präferenzen der Wahlberechtigten

Angesichts dieser Vielfalt im Vielparteiensystem lohnt es sich, Koalitionssignale vor der Wahl intensiver als bislang zu betrachten. Da in einem System multipler Koalitionsmöglichkeiten nicht die Wähler/-innen, sondern die Parteiführungen über die Allianzen nach der Wahl entscheiden, können Koalitionssignale die tatsächlich ins Auge gefassten Koalitionsoptionen gegenüber den theoretisch möglichen Alternativen verdeutlichen.<sup>5</sup>

Die Betrachtung von Koalitionssignalen ist darüber hinaus mit Blick auf das Stimmensplitting und Wählerwanderungsanalysen lohnenswert. Denn sie geben Aufschluss über Rückwirkungen von gegebenen oder eben nicht gegebenen Koalitionssignalen, also darüber, ob die Parteihänger/-innen die Signale honorieren.

Um die Komplexität der Koalitionssignale zu strukturieren, sind drei Analyse Kriterien relevant:

- Zuerst ist die Stärke des Koalitionssignals abzuschätzen. Die möglichen Ausprägungen reichen von eindeutigen Festlegungen qua Beschluss über implizite Signale von Präferenzen bis hin zu neutralen oder unverbindlichen Aussagen. Zu letzteren ist z.B. die Aussage, dass „alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein müssen“ zu zählen.
- Anschließend ist zwischen positiven und negativen Koalitionssignalen zu unterscheiden. Partei A sendet ein Signal an Partei B, mit dieser koalieren zu wollen, während mit Partei C eine Koalition hingegen konsequent ausgeschlossen wird.
- Im dritten Schritt ist die Symmetrie der Koalitionssignale zu betrachten. Denn während beispielsweise Partei A der Partei B eindeutige Avancen machen kann, kann die Partei B

<sup>5</sup> Vgl. Frank Decker 2009, Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: ZParl Heft 2, S. 434.

diese Signale zurückweisen und stattdessen ein Bündnis mit Partei C und/oder Partei D anstreben.

Auf die Landtagswahl in Brandenburg angewendet, entsteht folgende Matrix der Koalitionssignale.

**Tabelle: Koalitionsmatrix für die Landtagswahl 2009 in Brandenburg**

	SPD	CDU	LINKE
SPD	-	+2	+2
CDU	+2	-	-2
LINKE	+2	-2	-

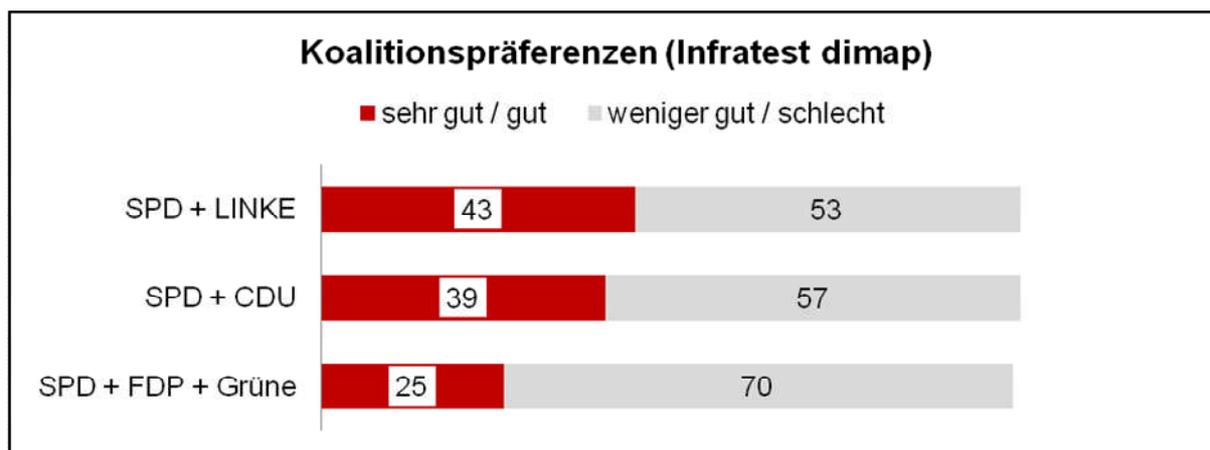
Anmerkung: Die Zeilenpartei macht eine Aussage zur Spaltenpartei. 0 steht für kein erkennbares, 1 für ein implizites und 2 für ein ausdrückliches Koalitionssignal. Das Vorzeichen macht deutlich, ob es sich um ein positives oder negatives Koalitionssignal handelt.

Darstellung: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Decker 2009, a.a.O., S. 447.

Anders als bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl wurden trotz des erwarteten Einzugs der FDP in den Landtag Koalitionssignale nur zwischen den drei im Landtag vertretenen Parteien ausgetauscht. Eine Einbeziehung der **FDP** in mögliche Koalitionsoptionen war aufgrund der absehbaren Schwäche der CDU obsolet und findet sich deshalb in der Matrix nicht wieder.

Die **SPD** äußerte zwar im Wahlkampf eine gewisse Präferenz, schloss aber Koalition mit der LINKEN ausdrücklich in das Set der möglichen Regierungsoptionen ein.

Sowohl von der **LINKE** als auch der **CDU** wurden diese Koalitionssignale der SPD erwidert, während beide Parteien untereinander eine Koalition, die mit 45 Sitzen im 88 Sitze umfassenden Landtag rechnerisch möglich wäre, ausgeschlossen hatten.



Quelle: Infratest dimap – BrandenburgTREND September II

Zweieinhalb Wochen vor der Wahl konnte keins der drei durch Infratest dimap erfragten Koalitionsmodelle eine mehrheitliche Zustimmung der Befragten erlangen. Ein rot-rotes Bündnis erreichte jedoch eine höhere Zustimmung (43%) und eine geringere Ablehnung (53%) als die Fortsetzung des rot-schwarzen Regierungsbündnisses (39% zu 57%).

Die rechnerisch nicht mögliche Wiederauflage der Ampelkoalition landete demgegenüber deutlich abgeschlagen (25% zu 70%) auf dem dritten Platz.

#### 4. Das Wahlergebnis im Einzelnen

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.<sup>6</sup>

Folgende Ergebnisse sind nach Berechnungen auf der Basis von Wahlbefragungen von Infratest-dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zu verzeichnen. Die Zahlen entsprechen dem Stand in der Wahlnacht. Abweichungen zwischen den Forschungsinstituten gehen auf unterschiedliche Berechnungsweisen zurück.

##### a. Die Wähler/-innen-Wanderung

Von ... an	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen						
	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Nichtwähler	Andere
CDU	-	3.000	-18.000	-2.000	0	39.000	9.000
SPD	-3.000	-	-8.000	4.000	0	52.000	7.000
FDP	18.000	8.000	-	2.000	0	17.000	2.000
Linke	2.000	-4.000	-2.000	-	0	47.000	9.000
Grüne	0	0	0	0	-	9.000	1.000
Nichtwähler	-39.000	-52.000	-17.000	-47.000	-9.000	-	1.000
Andere	-9.000	-7.000	-2.000	-9.000	-1.000	-1.000	-

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml>

Die drei bislang im Landtag vertretenen Parteien gewinnen im fünfstelligen Bereich an Stimmen aus dem Nichtwähler/-innenlager hinzu. Am stärksten die SPD, gefolgt von der LINKEN und auf dem dritten Rang die CDU. In deutlich geringerem Umfang gewinnen auch FDP und die Grünen aus diesem Lager hinzu. Der Austausch zwischen den Parteien ist mit Ausnahme eines Zuwachses von 18.000 Stimmen bei der FDP von der CDU zu vernachlässigen.

##### b. Gründe für die Stimmabgabe

	Wahlentscheidende Themen				
	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne
soziale Gerechtigkeit	16	40		53	34
Arbeitsmarktpolitik	24	30	28	34	20
Bildungspolitik	14	20	20	24	26
Wirtschaftspolitik	50	30	51	23	
Steuerpolitik			24		
Umweltpolitik					62

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-BB/umfrage-wahlentscheidend.shtml>

<sup>6</sup> Bei der Erstellung der Wahlnachtberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

### c. Die Erstwähler/-innen und Wähler/-innen nach Altersgruppen

	Wähler/-innen nach Altersgruppen				
	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne
Alle	20	<b>33</b>	7	27	5
Erstwähler	17	<b>26</b>	9	23	9
18-24	17	<b>26</b>	9	23	9
25-34	20	<b>27</b>	10	24	7
35-44	20	<b>29</b>	10	24	8
45-59	19	30	7	<b>31</b>	5
60 und älter	21	<b>42</b>	4	28	3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-BB/umfrage-alter.shtml>

Die **SPD** liegt – gemäß ihrem Wahlergebnis – in den Altersgruppen vorn. Ihr gelingt es jedoch nur in der Gruppe 60+ ein Ergebnis oberhalb ihres Landeswahlergebnisses zu erreichen.

Der **LINKEN** gelingt dies in zwei Gruppen, die im Osten „traditionell“ zur Wähler/-innengruppe der vormaligen PDS und heutigen LINKEN gehören, den 45-59-jährigen sowie der Gruppe 60+.

Die **FDP** kann bei den Altersgruppen von den Erstwähler/-innen bis zu den 44-jährigen ein besseres Stimmenergebnis als im Land insgesamt erreichen. Die **Grünen** erzielen in diesen Gruppen ebenfalls höhere Stimmen-Ergebnisse als im Landesschnitt.

### d. Die Wähler/-innen nach Tätigkeitsmerkmal

	Wähler nach Tätigkeit				
	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne
Alle	21	31	8	28	5
Arbeiter	20	28	8	<b>30</b>	3
Angestellte	22	<b>32</b>	8	24	8
Selbständige	<b>31</b>	19	20	16	9
Rentner	21	<b>39</b>	5	30	2
In Ausbildung	17	<b>24</b>	10	22	14
Arbeitslose	13	25	4	<b>44</b>	2

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-BB/umfrage-job.shtml>

Die **SPD** ist in der Gruppe der Angestellten stärker als im Landes-Durchschnitt vertreten, doch führt sie – wie wir bereits bei der Altersdifferenzierung sahen – in der Gruppe der Rentner/-innen. In der Gruppe der Auszubildenden ist sie zwar die stärkste Partei, liegt jedoch weit unter ihrem Landesergebnis. In dieser Gruppe sind die **Grünen** überproportional vertreten – sie erreichen dort das Dreifache des Landesergebnisses.

Die **LINKE** ist, wie auf Bundesebene und parallel in Schleswig-Holstein in der Gruppe der Arbeiter/-innen und bei den Arbeitslosen stark bis überproportional vertreten. Sie führt in beiden Gruppen das Feld der Landesparteien an.

Die **FDP** erzielt in der Gruppe der Selbständigen ihren mit Abstand höchsten Wert. In dieser Gruppe ist die **CDU** am stärksten vertreten.

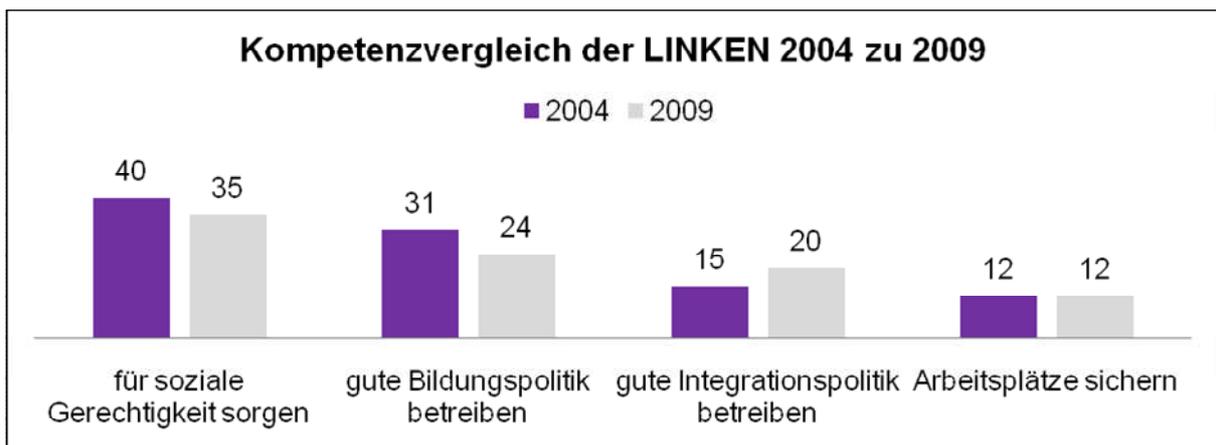
### e. Die Wähler/-innen nach Geschlecht

	Frauen	Männer	Landesergebnis
SPD	<b>35</b>	30	31
Linke	26	28	28
CDU	20	19	21
FDP	6	5	8
Grüne	7	8	5

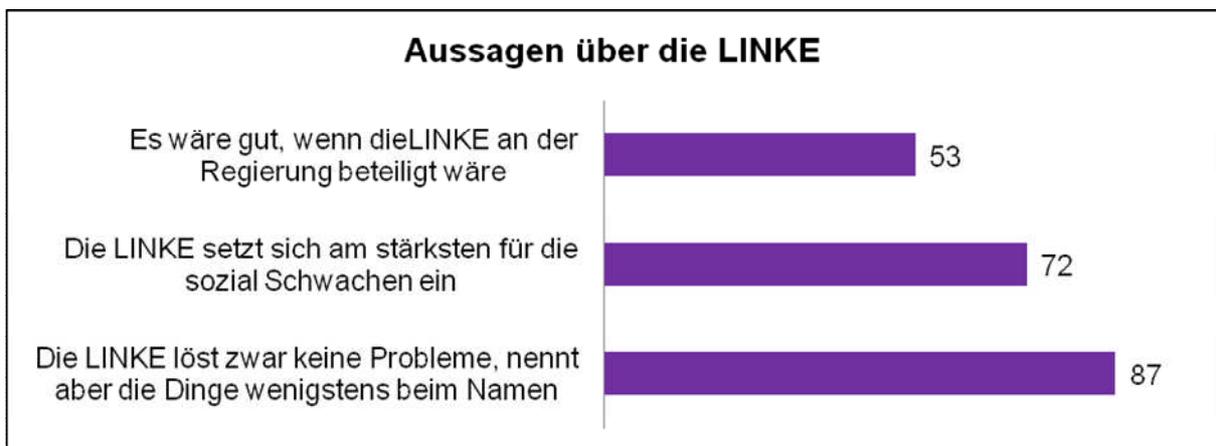
Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-BB>

Die **LINKE** erreicht bei den Frauen ein leicht unterdurchschnittliches Ergebnis, während die **SPD** bei den Frauen überdurchschnittlich abschneidet. Dies ist einerseits bedauerlich, nimmt jedoch möglicherweise den Druck von als Spitzenkandidatinnen aufgestellten Frauen, neben einem guten Ergebnis insgesamt, auch grundsätzlich noch ein besonders gutes Frauenergebnis erreichen zu müssen. Auch die **Grünen** schneiden bei den Frauen überdurchschnittlich gut ab.

### f. Erkenntnisse im Hinblick auf die LINKE und ihre Anhänger/-innen



Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-BB/umfrage-kompetenz.shtml>



Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-BB/umfrage-aussagen.shtml>

Wie schon bei anderen Wahlen befragte Infratest dimap auch bei der Landtagswahl in Brandenburg die Wahlberechtigten zu einigen Aussagen über die LINKE. Dabei gestanden 87% der Befragten der LINKEN zu, die richtigen Dinge zu thematisieren. Gleichzeitig waren sie mit der Fragestellung jedoch auch der Auffassung, dass sie die Probleme nicht löse. Angesichts der mehrheitlichen Aussage, dass es gut wäre, wenn die LINKE in Brandenburg regiere sowie entsprechenden Koalitionspräferenzen und dem Wahlergebnis der LINKEN ist auch hier die naheliegende Interpretation dieser Antwortmöglichkeit zu hinterfragen. Entgegen der Annahme, dass in der Antwort eine Positionierung dahingehend enthalten sei, dass der LINKEN auch nicht zugetraut wird, die Probleme, die sie benennt zu lösen, könnte auch interpretiert werden, dass es sich hierbei zumindest zu einem relevanten Teil um eine sachliche Feststellung handelt: noch löst sie die Probleme, z.B. in einer Regierung nicht.

## **Die Autoren / Vorbehalt**

*Dr. Benjamin-Immanuel Hoff* ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

*Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlkampfberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Unterstützt wurde die Erstellung dieser Wahlkampfberichterstattung durch *Jonas Nier* (Erkenntnisse der Wahlforschung) und durch *Dr. Thomas Falkner* (erste Bewertung der Brandenburger Ergebnisse).

Die während der Wahlkampf entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten, einschlägigen Medienveröffentlichungen bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

\* \* \*